

aus dem Schweinfurter Tagblatt

Bürgermeister gegen AKW-Abriss

Für Erhalt des Reaktorgebäudes

Von unserem Redaktionsmitglied
JOSEF SCHÄFER

GRAFENRHEINFELD Wenn das Atomkraftwerk Grafenrheinfeld (Lkr. Schweinfurt) im Mai seinen Betrieb aufgibt, setzt Betreiber E.ON auf den baldigen Abriss. Als erster Kommunalpolitiker der Region stellt der Rathauschef der Nachbargemeinde Bergtheim, Peter Neubert, diesen Plan in Frage. Er persönlich tendiert für den so genannten sicheren Einschluss: Das Reaktorgebäude soll demnach über viele Jahre nahezu unverändert stehen bleiben.

Neubert macht für seine Einschätzung Sicherheitsaspekte geltend, wie er auf Anfrage bestätigte. Denn unabhängig von einem sofortigen Rückbau des Kraftwerks bleibt das Zwischenlager, in dem die hochradioaktiven Brennelemente - eingepackt in Castor-Behälter - aufbewahrt werden, stehen. Es hat eine Betriebslaubnis bis 2046. Der Bürgermeister der Freien Wähler sorgt sich für den Fall, sollte es Probleme mit einem Castor geben. „Was passiert damit, wenn das sichere Reaktorgebäude weg ist?“, fragt er. Blicke es stehen, könnte man lecke Castoren dort bearbeiten oder mit einem neuen Deckel versehen. In der „baurechtlich besseren Feldscheune“ des Zwischenlagers ginge das nicht.

Ins Spiel hat die Variante „sicherer Einschluss“ der Bund Naturschutz (BUND) beim so genannten Scoping-Termin in der vergangenen Woche gebracht, in dem Vertreter

des Umweltministeriums mit Politikern, Behörden und Initiativen über die Umweltverträglichkeitsprüfung gesprochen haben; sie ist Voraussetzung für eine Abrissgenehmigung. Dabei hatte der Bund Naturschutz gefordert, zu prüfen, „welche technischen Alternativen nach einem Abriss als lokales ‚Back-up‘ für Unvorhergesehenes am Zwischenlager zur Verfügung stehen“. **Der Schweinfurter BUND-Kreisvorsitzende Edo Günther widerspricht allerdings Medienberichten vom Dienstag, wonach der Verband den Abriss verhindern wolle und für den „sicheren Einschluss“ plädiert.**

Nach dem Atomgesetz darf der Betreiber selbst entscheiden, ob er das Atomkraftwerk baldmöglichst abreißen oder den „sicheren Einschluss“ wählen will. E.ON setzt auch in Grafenrheinfeld auf den schnellen Abbau. An dieser Entscheidungsfreiheit stört sich Günther. Bislang habe es in Deutschland keine echte Alternativprüfung zum Abriss gegeben. Der BUND fordert, dass sie das Umweltministerium nun durchsetzt. Danach soll abgewogen werden, welche Variante zum Zug kommt.

Ein weiterer Grund für Neuberts Haltung: Beim Abbau fällt zusätzlicher schwach- und mittelradioaktiver Müll an. Er soll eigentlich in Schacht Konrad gelagert werden, der aber noch nicht zur Verfügung steht. Daher soll in Grafenrheinfeld neben dem Zwischenlager für die Brennelemente (Bella) eine Bereitstellungshalle (Beha) gebaut werden.